

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

Die deutsche Wirtschaft konnte im zweiten Quartal 2007 ihre konjunkturelle Aufwärtsbewegung fortsetzen. Den ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühling saison- und kalenderbereinigt gerechnet um 0,3 % gestiegen, verglichen mit 0,5 % im ersten Vierteljahr. Der entsprechende Vorjahrsstand wurde kalenderbereinigt um 2,5 % übertroffen. Im ersten Halbjahr 2007 betrug damit die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr auf Jahresrate hochgerechnet 2,3 %, nach 3,8 % im zweiten Halbjahr 2006. Die Verlangsamung des Wachstumstempos dürfte die konjunkturelle Grunddynamik eher unterzeichnen. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die Stärke des fiskalischen Entzugs der Mehrwertsteuererhöhung seit Jahresbeginn in Rechnung stellt ebenso wie die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe, die nicht nur die dauerhaften Konsumgüter betrafen, sondern auch den Wohnungsbau. Dass unter diesen Bedingungen der Wachstumsprozess nicht zum Stillstand gekommen ist und sich die von manchen prognostizierte Konjunkturdelle nicht einstellte, kann daher durchaus als Hinweis auf die gestärkte endogene Kraft des derzeitigen Aufschwungs gedeutet werden.

*Zyklische
Aufwärts-
bewegung
fortgesetzt*

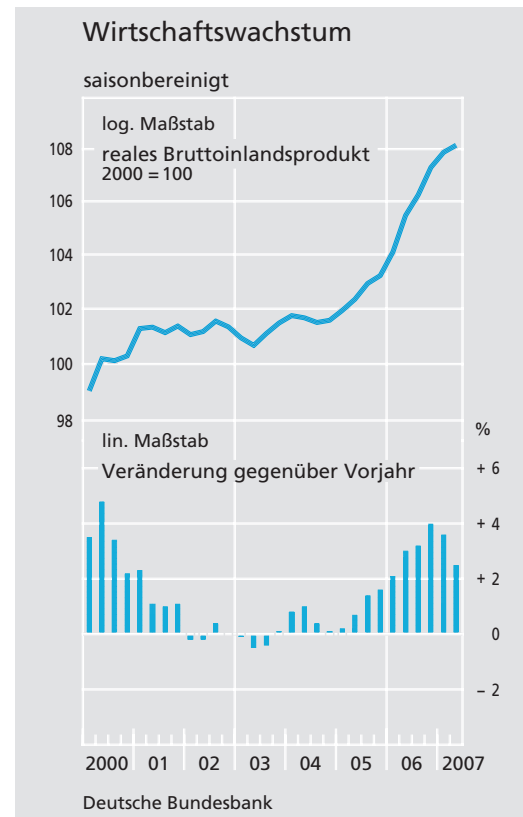
Zwar liegen noch keine detaillierten Angaben zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor, doch deuten die verfügbaren Indikatoren auf einen positiven Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs im zweiten Vierteljahr hin. Aufgrund negativer Effekte der Mehrwertsteuererhöhung war hier im ersten

*Privater
Verbrauch
erholt*

Quartal ein kräftiger Dämpfer zu verzeichnen, von dem sich das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte nunmehr allmählich erholt. So zeigt die zeitweise stark in Mitleidenschaft geratene Anschaffungsneigung eine Gegenbewegung, die darauf hindeutet, dass sich der negative Einfluss der Mehrwertsteueranhebung auf das Konsumklima insgesamt wohl deutlich abgeschwächt hat. Die Umsatzentwicklung im klassischen Einzelhandel und die höhere Zahl von privaten Pkw-Käufen signalisieren ebenfalls eine Belebung der privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal.

Wachstumsprozess von Ausrüstungen gestützt

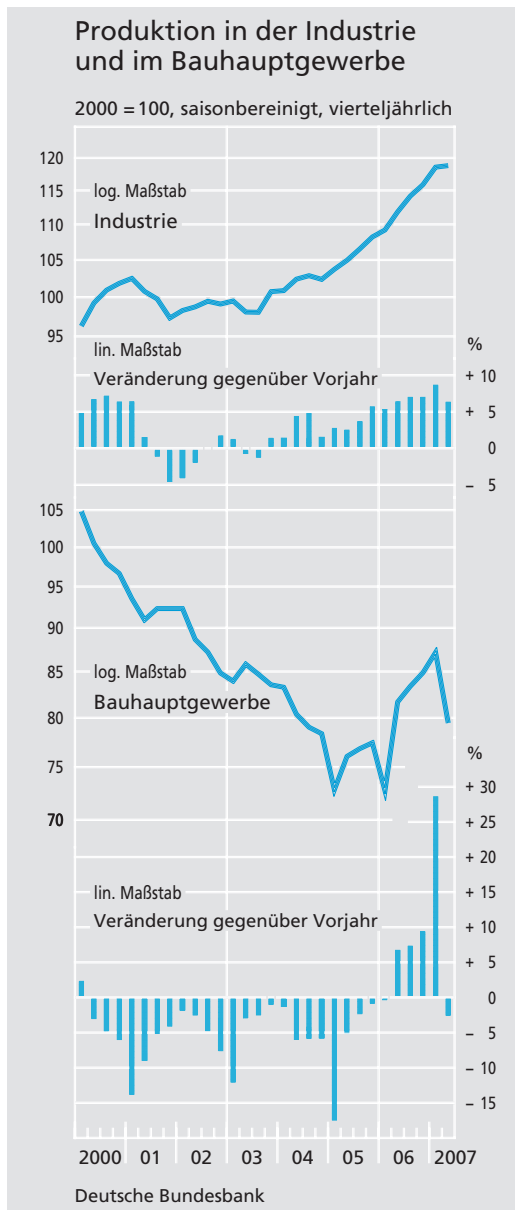
Die Anlageinvestitionen im Frühjahr sind auch vor dem Hintergrund der zu Jahresbeginn vom milden Winterwetter begünstigten Bautätigkeit zu sehen. Eine gewisse „technische Gegenreaktion“ in diesem Sektor war insoweit bereits angelegt. Gleichzeitig sind die Ausgaben für Ausrüstungen im zweiten Quartal über das Niveau des ersten Quartals hinausgegangen. Im gesamten ersten Halbjahr blieben sie eine wichtige Stütze für den Wachstumsprozess und für die kräftige Erholung am Arbeitsmarkt. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung und des dicken Auftragspolsters ist das Erweiterungsmotiv immer stärker in den Vordergrund getreten. Die verschiedenen Stimmungsindikatoren sind zuletzt zwar nicht mehr gestiegen, was aber angesichts der erreichten Höchststände und vor dem Hintergrund der überaus günstigen Entwicklung im Jahr 2006 keine Zäsur bedeutet. Die Grundstimmung in der deutschen Wirtschaft ist nach wie vor überdurchschnittlich gut, und die steigende Einstellungsbereitschaft vieler kleiner und mittlerer Betriebe wie auch der großen Unternehmen belegt die per saldo



optimistische Einschätzung der weiteren Perspektiven.

Die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im Frühjahr gestiegen. Zugleich gingen die Einfuhren deutlich gegenüber den Wintermonaten zurück, in denen sie spürbar zugenommen hatten. Im Ergebnis hat daher der Außenhandel im zweiten Quartal einen merklichen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum geleistet. Einschließlich der Terms-of-Trade-Verschlechterung gerechnet, die einen Verlust an Realeinkommen gegenüber dem Ausland bedeutet, dürften die außenwirtschaftlichen Einflüsse insgesamt in der Berichtsperiode allerdings weniger stark ausgefallen sein.

Außenwirtschaft mit positivem Wachstumsbeitrag



Produktion und Umsätze

*Industrie-
konjunktur auf
vollen Touren*

Die Industrieproduktion lief bis zuletzt auf vollen Touren. Die Dynamik der Entwicklung hat im Frühjahr allerdings nachgelassen. Im zweiten Quartal stieg die Erzeugung saison- und kalenderbereinigt um $\frac{1}{4}\%$, nach $2\frac{1}{4}\%$ in den Wintermonaten. Dabei hat ein Brückentageeffekt im April das Quartalsergebnis gedämpft.¹⁾ Zudem gab es im April Warn-

streiks, insbesondere bei Autoherstellern, die mit Produktionsausfällen verbunden waren. Darüber hinaus mögen auch Kapazitätsengpässe eine Rolle gespielt haben. Der Vorjahrsabstand hat sich auf $6\frac{1}{2}\%$ vermindert. Im Juni ist die Kapazitätsauslastung in der Industrie im Vergleich zu dem sehr hohen März-Ergebnis zwar gesunken, was vor allem auf den Gebrauchsgütersektor zurückzuführen ist. Der Auslastungsgrad übertraf den Stand des Vorjahres aber noch um einen halben Prozentpunkt und lag damit weiterhin über dem des guten Konjunkturjahres 2000. Die hohe Nutzung der Produktionsfaktoren spiegelt sich auch in dem in vielen Branchen der Industrie größer werdenden Fachkräftemangel wider.

Im Bauhauptgewerbe ist die Produktion saison- und kalenderbereinigt im zweiten Quartal gegenüber den Wintermonaten um $8\frac{3}{4}\%$ zurückgegangen. Dies ist allerdings nicht als konjunkturelle Schwäche anzusehen. Ausschlaggebend hierfür war vielmehr – wie bereits erwähnt –, dass die Frühjahrsbelebung wegen der hohen Produktion in den ungewöhnlich milden Wintermonaten weniger stark war. Von dem Rückgang besonders betroffen war der Hochbau, während sich im Tiefbau eine günstigere Tendenz ergab. Der im Bauhauptgewerbe erfasste Wohnungsbau wies im zweiten Quartal insgesamt einen Umsatzrückgang von saisonbereinigt $16\frac{1}{4}\%$ aus, verglichen mit $-7\frac{1}{4}\%$ im ersten Vierteljahr. Für das weniger witterungsabhängige

*Bauproduktion
normalisiert*

¹⁾ So werden erfahrungsgemäß Arbeitstage, die aus Sicht der Arbeitnehmer günstig liegen, gerne für ein verlängertes Wochenende bzw. einen Kurzurlaub genutzt. Derartige Besonderheiten können die statistischen Bereinigungsverfahren nicht voll erfassen.

Ausbaugewerbe liegen Angaben bisher nur für das erste Vierteljahr 2007 vor. Danach sind die geleisteten Arbeitsstunden um 7¾ % über das Niveau des Vorjahres hinausgegangen. Auch wenn berücksichtigt wird, dass das Ausbaugewerbe weiterhin von Bestandsmaßnahmen profitiert hat, dürfte der Wohnungsbau insgesamt im Frühjahr recht schwach gewesen sein.

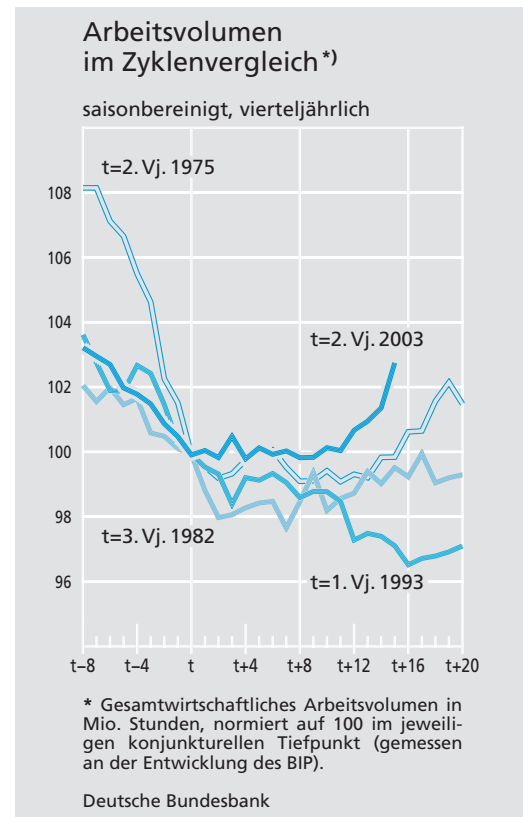
*Günstige Lage-
einschätzung
bei den
Dienstleistern*

Die zeitnahen Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung im Dienstleistungssektor zeichnen ein positives Bild. Der Lageindikator des ifo Instituts war im zweiten Quartal deutlich höher als im ersten Vierteljahr. Dies ist vor allem auf den kräftigen Anstieg im April zurückzuführen. Seither bewegt sich der Indikator leicht nach unten. Nach dem Teilindikator des ZEW für die Lageeinschätzung der „Dienstleister in der Informationsgesellschaft“ beurteilen die Befragten die Lage besser als zu Jahresbeginn.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

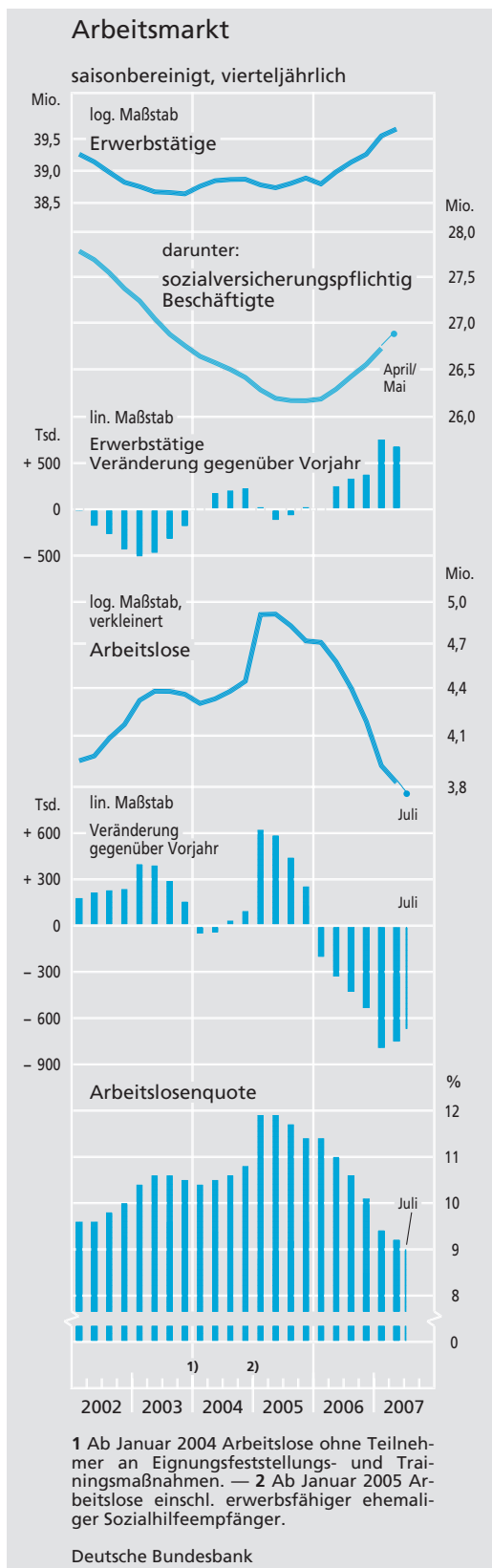
*Beschäftigungs-
intensiver
Aufschwung*

Die freundliche Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich in den Frühjahrsmonaten fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Zeitraum April bis Juni saisonbereinigt um 109 000 auf 39,70 Millionen Personen zu. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies einen Zuwachs von 676 000 Beschäftigten beziehungsweise 1,7 %. Damit war der Beschäftigungsaufbau im zweiten Dreimonatsabschnitt des Jahres 2007 zwar nicht mehr so stark wie im ersten. Allerdings überzeichnet die Saisonbereinigung, die sich am mehrjährigen Durchschnitt orientiert, auch hier die



Verbesserung in den von einer milden Witterung gekennzeichneten Wintermonaten. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2007 insgesamt belief sich der Beschäftigungsgewinn annualisiert auf 1,8 %; er war damit deutlich kräftiger als im ersten und im zweiten Halbjahr 2006 (0,9 % bzw. 1,4 %).

Das gegenwärtige konjunkturelle Verlaufsmuster am Arbeitsmarkt ähnelt weitgehend dem früherer Erholungsphasen. Beim Arbeitsvolumen als dem umfassendsten Indikator zeigt sich sogar eine vorteilhaftere Tendenz als in früheren Zyklen, und dies trotz relativ moderater Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Ausbringung. Die größere Beschäftigungsintensität des gegenwärtigen Aufschwungs dürfte vor allem auf die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre zu-



rückzuführen sein. Daneben spielen aber sicher auch die positiven Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen eine Rolle.

Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit legen nahe, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker wächst als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Ihre Zunahme belief sich im Mai – neuere Angaben liegen noch nicht vor – gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrsmonat auf etwa 560 000 Personen beziehungsweise 2,1%. Auf den Sektor „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, in dem auch die Arbeitnehmerüberlassungen erfasst werden, entfiel knapp die Hälfte des Anstiegs. Dies ist deutlich weniger als noch im vergangenen Jahr. Zuwächse sind auch bei den Selbständigen, den Mini- und Midi-Jobs und den geförderten Beschäftigten zu verzeichnen.

Zunehmende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Verschiedene Indikatoren zeigen inzwischen partielle Verknappungen am Arbeitsmarkt an. Bereits das dritte Quartal hintereinander übertraf die von den Arbeitsagenturen ermittelte Zeitspanne bis zur Besetzung gemeldeter offener Stellen deutlich den Durchschnitt der letzten Jahre. In zunehmendem Maß, obgleich vom Umfang noch begrenzt, geben Unternehmen im Rahmen des ifo Konjunkturtests Arbeitskräftemangel als Grund für eine unterbliebene Produktionsausweitung an. Der bis 2004 zurückreichende Stellenindex ungeförderter Stellenangebote (BA-X), soweit sie der Bundesagentur für Arbeit bekannt sind, befindet sich auf einem Höchststand. Das ifo Beschäftigungsbarometer, welches die Einstellungsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft erfassen soll, zeigt seit Anfang des

Hinweis auf Knappheitstendenzen

Jahres ebenfalls die höchsten Werte seit Befragungsbeginn im Jahr 1998 an.

*Deutlich
verringerte
Langzeit-
arbeitslosigkeit*

Im Zuge der lebhaften Arbeitsnachfrage sind gut ausgebildete, erfahrene Arbeitskräfte, die genau auf eine zu besetzende Stelle passen, immer schwerer zu finden. Deshalb wird zunehmend auf Personen mit ähnlichen oder geringeren Qualifikationen oder mit Vermittlungshemmnissen zurückgegriffen. Entsprechend vermindert sich nach der bereits seit längerem rückläufigen Kurzarbeitslosigkeit nun auch die Langzeitarbeitslosigkeit spürbar. Die Zahl der arbeitslosen Leistungsempfänger im Grundsicherungssystem (ALG II) sinkt inzwischen fast ebenso schnell wie im Arbeitslosenversicherungssystem (ALG I). Im Vorjahresvergleich gab es 313 000 weniger arbeitslos registrierte ALG II-Empfänger, gegenüber einem Minus von 358 000 bei ALG I. Dabei ist zu beachten, dass nach der Anfang 2006 in Kraft getretenen Verkürzung der Anspruchsdauer auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung seit Februar 2007 ein beschleunigter Wechsel aus dem Versicherungsin das Grundsicherungssystem erfolgt.²⁾ Ohne diesen Effekt wäre der Rückgang der Zahl arbeitsloser ALG II-Empfänger vermutlich noch stärker ausgefallen. Außerdem beteiligt sich ein nicht unbedeutender Teil dieser Personen über einen Mini-Job am Erwerbsleben. Somit profitieren auch die Langzeitarbeitslosen von der lebhaften Arbeitsnachfrage. Dies wird dadurch gefördert, dass niedrige Erwerbseinkommen durch ALG II aufgestockt werden können. Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zufolge hat diese Form der Unterstützung an Bedeutung zugenommen. Damit besteht derzeit die Chance, dass der hohe So-

zettel an verfestigter Arbeitslosigkeit geringer wird.

Nach dem Auslaufen der witterungsbedingten günstigen Sondereffekte hat sich der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit im Frühjahr in saisonbereinigter Rechnung etwas verlangsamt. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im abgelaufenen Quartal um 97 000 auf nunmehr 3,84 Millionen, 754 000 weniger als ein Jahr zuvor. Das Minus bei der Erwerbslosigkeit war also wiederum etwas stärker als das Plus bei der Beschäftigung, was auch mit dem demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots zusammenhängt. Die Arbeitslosenquote verringerte sich saisonbereinigt von 9,4 % im ersten Quartal 2007 auf 9,2 % im zweiten Quartal.³⁾ Sie war damit 1,9 Prozentpunkte niedriger als vor Jahresfrist. Im Juli setzte sich der saisonbereinigte Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. Die Quote beträgt nunmehr 9,0 %.

*Weiterer
Rückgang der
Arbeitslosigkeit*

2 Allerdings vermindert sich die Zahl an ALG II-Beziehern auch aus demographischen Gründen. Zudem dürften die Bemühungen der Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften zur Aktivierung der Leistungsbezieher über den reinen Beschäftigungseffekt hinaus bestandssenkend wirken.

3 Die für internationale Vergleiche nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berechnete Erwerbslosenquote wird seit Mai 2007 anhand der Veränderung der Zahl der registrierten Arbeitslosen geschätzt. Seit Anfang 2004 wurde die ILO-Quote aus den Ergebnissen einer Telefonumfrage abgeleitet. Diese Erhebung sollte eigentlich die Zeit bis zum Umstieg auf eine kontinuierliche Arbeitskräfteerhebung im Rahmen des Mikrozensus überbrücken, wurde aber im April 2007 eingestellt. Da die neue kontinuierliche Erhebung noch nicht hinreichend belastbare Ergebnisse liefert, musste eine weitere Übergangslösung gefunden werden, die sich an das traditionelle Schätzverfahren aus der Zeit vor dem Jahr 2004 anlehnt. Dieses Verfahren sollte laut einer EU-Verordnung eigentlich bereits 2002 durch eine kontinuierliche Arbeitskräfteerhebung ersetzt werden (für Deutschland galt allerdings eine Übergangsfrist bis Ende 2004). Dies ist jetzt für den Berichtsmonat September 2007 vorgesehen.

Löhne und Preise

*Fortsetzung der
Tarifrunde 2007*

Die Tarifrunde 2007 wurde im zweiten Quartal mit wichtigen Abschlüssen in der Metallindustrie, der Druckindustrie, bei der Deutschen Telekom AG sowie dem Groß- und Außenhandel fortgesetzt. In der Bauwirtschaft ist weiterhin unklar, ob der bereits im Mai erfolgte Schlichterspruch endgültig angenommen wird. Das Verfahren war notwendig geworden, weil der erste Abschluss am Veto einiger regionaler Arbeitgeberverbände gescheitert war. Die Ablehnung des Schlichterspruchs durch zwei norddeutsche Arbeitgeberverbände führte zu mehrwöchigen Streiks in den entsprechenden Tarifbezirken. Der Vorschlag des Schlichters sah nach zwei Nullmonaten eine dauerhafte Anhebung der Entgelte um 3,1% und im Jahr 2008 weitere Erhöhungen um 1,5% sowie 1,6% bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten vor. Zusätzlich wurden unter anderem Pauschalzahlungen vereinbart. Auch bei der Deutschen Bahn AG steht eine endgültige Einigung noch aus. Hier haben zwar die Branchengewerkschaften Transnet und GDBA bereits einer dauerhaften einheitlichen Erhöhung der Tarifverdienste um 4,5% und einer Einmalzahlung in Höhe von 600 € bei einer Laufzeit von 19 Monaten zugestimmt. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer strebt jedoch eine deutlich stärkere Lohnanhebung für das fahrende Personal an.

In Kraft getreten ist Mitte Mai der Abschluss in der Druckindustrie.⁴⁾ Dort kamen die Tarifpartner überein, die Entgelte nach drei Nullmonaten um 3,0% anzuheben. Bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten ist nach 12 Mo-

naten eine weitere dauerhafte Steigerung des tariflichen Wochenlohns um 2,1% vorgesehen. Im Groß- und Außenhandel haben sich die regionalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter bei einer Laufzeit von 24 Monaten auf eine Zunahme der Entgelte um 2,4% ab Juli beziehungsweise August 2007 und um weitere 2,0% ab Mitte 2008 geeinigt. Zudem wurden gestaffelte monatliche nicht tabellenwirksame Pauschalzahlungen vereinbart. Für die Deutsche Telekom AG wurde eine Auslagerung von rund 50 000 Beschäftigten in Untergesellschaften mit geänderten Tarifbedingungen beschlossen. Letztere beinhalten vor allem eine stufenweise Reduzierung der Entgelte um insgesamt 6,5% und eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich um vier auf 38 Stunden. Daneben sieht der neue Tarifvertrag verschiedene Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen sowie eine Senkung der Einstiegsgehälter um rund 30% vor. Für die rund 100 000 nicht ausgelagerten Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG wurde eine Nullrunde bis Ende 2008 vereinbart.

Die diesjährigen Abschlüsse unterscheiden sich recht deutlich nach Branchen und spiegeln so die differenzierte wirtschaftliche Lage der einzelnen Sektoren und die relative Stärke der Verhandlungspositionen wider. So trägt beispielsweise der hohe Abschluss in der Metallindustrie der außergewöhnlich guten Branchenkonjunktur Rechnung, während die Vereinbarung in der Druckindustrie im Zusammenhang mit der dort zu beobachtenden moderateren wirtschaftlichen Entwicklung zu

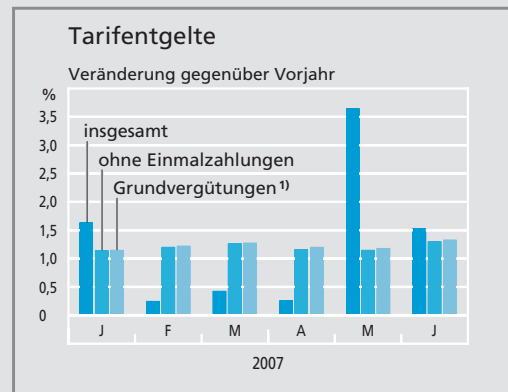
*Sektoral unterschiedliche
Verhandlungs-
positionen*

⁴ Der Abschluss in der Metallindustrie wurde bereits im Monatsbericht Mai 2007 erläutert.

Erweiterter Ausweis der Ergebnisse der Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank

Die Tarifverträge zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sind in den letzten Jahren in mehrfacher Hinsicht komplexer geworden. Hierzu gehört, dass (pauschalierte) Einmalzahlungen, die zusätzlich zum normalen Entgelt zu leisten sind, eine größere Rolle spielen. Ein Motiv für solche nicht tabellenwirksamen Einmalzahlungen besteht darin, insbesondere in Zeiten steigenden Wettbewerbsdrucks die zukünftige Ertragsrechnung nicht durch einen zu hohen Kostensockel zu belasten. An die Stelle prozentualer dauerhafter Anhebungen der regulären Entgelte treten daher häufig für die ersten Monate eines Tarifvertrags oder auch für dessen Gesamtlauzeit Einmalleistungen. Auch können solche Zahlungen eine finanzielle Kompensation für längere reguläre Wochenarbeitszeiten darstellen. Bei sich bessernder Konjunkturlage kommt hinzu, dass die Arbeitnehmer – insbesondere in den exportorientierten Branchen – am Unternehmenserfolg, der auch durch ihre vorherige Lohnzurückhaltung möglich geworden ist, angemessen beteiligt werden sollen, ohne die Grenzkosten der Produktion hochzutreiben. Von der Pauschalierung profitieren niedrige Lohngruppen stärker, so dass die Vereinbarungen eine „soziale“ Komponente enthalten.

In der Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank werden die Tarifverdienste einschließlich aller tariflich geregelten Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen (insbesondere Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie vermögenswirksame Leistungen) in den Monaten erfasst, in denen sie laut Tarifvertrag zu leisten sind. So soll sichergestellt werden, dass der monatliche Tarifverdienstindex zum vierteljährlichen Ausweis der Effektiventgelte (einschl. nichttarifvertraglich geregelter Leistungen) in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen passt, in denen Einmalentgelte grundsätzlich ebenfalls zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung gebucht werden. Der Gesamtindex der Tarifentgelte, auf den sich bisher die laufende Berichterstattung der Bundesbank bezieht, ist durch die größere Häufigkeit



von Einmalzahlungen in den letzten Jahren deutlich volatiler geworden. Einmalige, kräftige Zusatzleistungen treiben den Index und dessen Vorjahrsabstand im Monat ihrer Leistung in die Höhe. Ein Jahr später wird die Jahresrate dann in der Regel nach unten gedrückt (Basisseffekt). Dies erschwert die Interpretation der Tariflohnentwicklung erheblich. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres zum Beispiel variierte der Vorjahrsabstand des Index der Tarifentgelte zwischen 0,2% und 3,6%. Ohne die zeitlich befristeten zusätzlichen Leistungen gerechnet ergibt sich hingegen ein wesentlich gleichmäßigerer Verlauf. Betrachtet man lediglich die Grundvergütungen (also auch ohne Nebenvereinbarungen), ist der Verlauf nochmals glatter. In mittelfristiger Betrachtung zeigen diese drei Reihen trotzdem einen ähnlich starken Zuwachs.

Im Statistischen Teil des Monatsberichts werden ab sofort in Tabelle X.9 neben den Tarifentgelten insgesamt auch die Entwicklung der Tarifentgelte ohne Einmalzahlungen sowie die tariflichen Grundvergütungen jeweils für die Gesamtwirtschaft ausgewiesen. Angaben für das Produzierende Gewerbe (einschl. Baugewerbe) können unter http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php abgerufen werden.

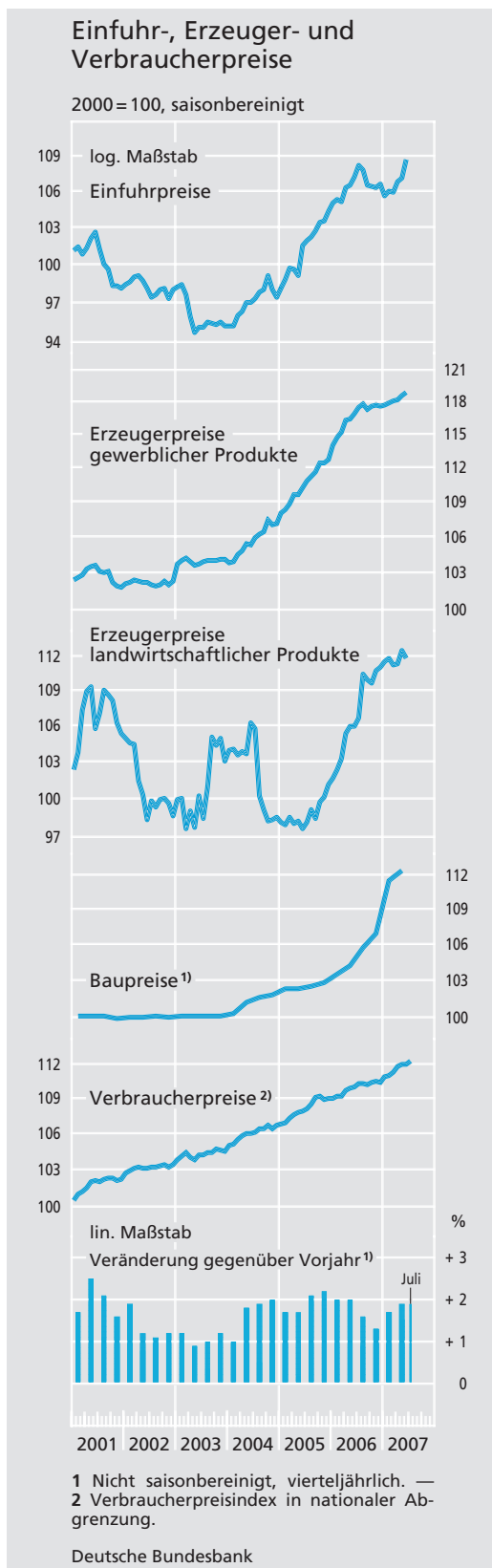
Tarifentgelte

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Durchschnitt 2001 bis 2006
Insgesamt	1,9	2,7	2,1	1,4	1,1	1,3	1,7
ohne Einmalzahlungen	2,2	2,3	2,2	1,3	0,9	0,9	1,7
Grundvergütungen 1)	2,2	2,3	2,4	1,7	1,0	1,0	1,8

1 Tarifentgelte ohne Einmalzahlungen und ohne regelmäßige Nebenleistungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen usw.).

Deutsche Bundesbank



sehen ist. Die zähen Verhandlungen in der Bauindustrie sowie bei der Deutschen Bahn AG veranschaulichen die Schwierigkeiten der Konsensfindung auf der Arbeitgeber- beziehungsweise Arbeitnehmerseite. Die Vereinbarung für die Deutsche Telekom AG zeigt, dass auch in konjunkturell guten Zeiten die Bereitschaft besteht, bei Gefährdung von Arbeitsplätzen Korrekturen beim Einkommensniveau und den Arbeitszeitstandards hinzunehmen. Insgesamt scheint sich der Trend zu mehr Differenzierung und zur Vereinbarung von Einmalzahlungen, welche die Zukunft weniger belasten als tabellenwirksame Entgeltanhebungen, fortzusetzen (siehe dazu die Erläuterungen auf S. 51).

Laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank übertrafen die Tarifentgelte im zweiten Quartal 2007 ihren Stand vor Jahresfrist um 1,8%. Darin enthalten ist eine einmalige Pauschalzahlung in der Metallindustrie. Im ersten Vierteljahr hatten Basiseffekte infolge von Einmalzahlungen aus dem Jahr 2006 die Vorjahrsrate auf 0,8% gedrückt. Ohne Einmalzahlungen und tarifvertragliche Zusatzleistungen errechnet sich eine Zunahme der Grundvergütungen um 1,2%. Die neuen höheren tabellenwirksamen Vereinbarungen werden sich erst ab dem dritten Quartal verstärkt im Tariflohnindex niederschlagen.

*Tarifverdienste
in der Gesamtwirtschaft*

Die Preisentwicklung in Deutschland war erneut maßgeblich von der Entwicklung an den Märkten für Energieträger und andere Rohstoffe geprägt. Die Aufwertung des Euro hat den dadurch bedingten Preisauftrieb jedoch etwas abgemildert. Insgesamt haben sich die

*Sehr kräftiger
Anstieg bei
Einfuhrpreisen...*

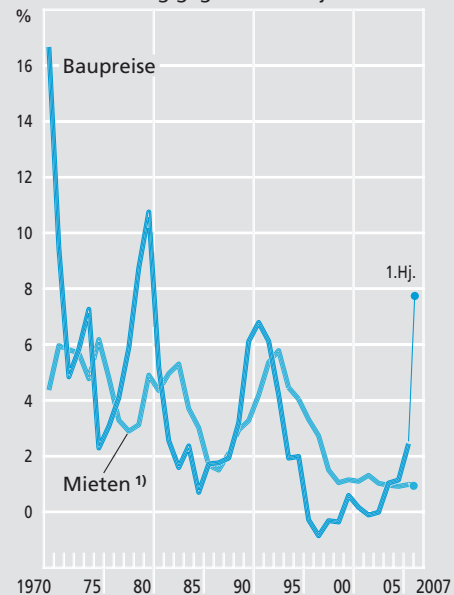
deutschen Einfuhren im Frühjahr 2007 kräftig verteuert. Im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres mussten Importeure saisonbereinigt 1,6 % mehr aufwenden. Damit wurde die Preisermäßigung der beiden Vorquartale wieder rückgängig gemacht. Aber auch ohne Energie gerechnet kam es saisonbereinigt erneut zu einem spürbaren Anstieg. Starke Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern überkompensierten dabei Verbilligungen bei Investitionsgütern. Auch setzte sich die relativ ungünstige Entwicklung bei Konsumgütern fort. Im Vorjahrsvergleich belief sich die Teuerungsrate insgesamt auf 0,7 %, ohne Energie waren es 1,8 %.

*... und deutliche
Verteuerungen
bei gewerb-
lichen
Erzeugnissen*

Die für den Inlandsabsatz bestimmten Waren aus deutscher Produktion verteuerten sich mit saisonbereinigt 0,6 % ebenfalls deutlich. Ohne Energie war der Anstieg ähnlich stark, vor allem weil höhere Preise importierter Vorleistungen weitergegeben wurden. Der insgesamt ungünstige Trend bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen schlug sich auch in den gewerblichen Erzeugerpreisen für Konsumgüter nieder. Dabei spielte vor allem die Anhebung der Abgabepreise der Molkereien eine Rolle. Binnen Jahresfrist verteuerten sich Industrieerzeugnisse ohne Energie um 2,7 %; mit Energie gerechnet waren es 1,7 %. Da die Ausführpreise zwar spürbar, aber wesentlich schwächer als die Einfuhrpreise anzogen, verschlechterte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis, die Terms of Trade. Im Vorjahrsvergleich bleibt aber noch ein Plus von 1,1 %. Im Juli verringerte sich der Preisanstieg bei deutschen Industrieerzeugnissen insgesamt auf 1,1 % und ohne Energie auf 2,5 %.

Baupreise und Mieten in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr



1 Gemäß Verbraucherpreisindex, bis 1994 Westdeutschland.

Deutsche Bundesbank

Der Anstieg der Baupreise hat sich zwar im Vergleich zum ersten Vierteljahr merklich verlangsamt, mit 0,8 % war er aber immer noch stärker als im Mittel der vergangenen Jahre. Der Vorjahrsabstand vergrößerte sich auf +7,9 %. Wie bereits in den Quartalen zuvor, erstreckte sich der Preisauftrieb über alle Baupartien. Die deutliche Zunahme der Baukosten dürfte mittelfristig auch Auswirkungen auf die Wohnungsmieten haben, deren Gewicht im deutschen Verbraucherpreisindex (VPI) 21,2 % (HVPI 10,8 %) beträgt. In der Vergangenheit sind die Mieten den Baupreisen jedenfalls regelmäßig mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung gefolgt. Gegenwärtig wird der Mietpreisanstieg noch durch die weitgehend stabilen Grundstückspreise gedämpft.

*Weiterhin
deutlicher
Baupreisanstieg*

Verbraucherpreise vor allem aufgrund von Studiengebühren und Rohölnotierungen gestiegen

Die Verbraucherpreise nahmen im Frühjahr mit saisonbereinigt 0,7 % etwas kräftiger zu als im ersten Quartal. Rund 0,2 Prozentpunkte entfielen davon nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes alleine auf die Einführung von Studiengebühren in einer Reihe von Bundesländern. Weitere knapp 0,3 Prozentpunkte trug der anhaltende Anstieg der Energiepreise bei. Davon abgesehen verlief die Preisentwicklung insgesamt in relativ ruhigen Bahnen. Im Vorjahrsvergleich verteuerten sich Nahrungsmittel um 2,0 %. Dabei wird allmählich auch der Einfluss der an den internationalen Märkten kräftig steigenden Preise für einige Agrarrohstoffe für die Verbraucher spürbar. Bei gewerblichen Waren (ohne Energie) belief sich die Jahresteuersatzrate trotz der Mehrwertsteueranhebung auf lediglich 1,7 %. Preisdämpfende Einflüsse gingen hier von der Aufwertung des Euro aus. Bei Dienstleistungen wurde binnen Jahresfrist vor allem wegen der Mehrwertsteueranhebung und der Einführung von Studiengebühren ein Preisanstieg von 2,8 % verzeichnet. Unter Berücksichtigung der Preisanhebungen bei Energie um durchschnittlich 1,8 % und der um 1,1 % höheren Wohnungsmieten ergibt sich für das zweite Quartal 2007 eine Vorjahrsrate von +1,9 % nach dem nationalen VPI. Nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) waren es + 2,0 %.

Im Juli steigende Verbraucherpreise durch Pauschalreisen und Energie

Im Juli stiegen die Verbraucherpreise saisonbereinigt um 0,3 %. Maßgeblich hierfür waren deutlich höhere Preise für Pauschalreisen. Zudem verteuerte sich Energie, vor allem Kraftstoffe und Heizöl, im Gefolge kräftig anziehender Rohölnotierungen weiter. Der Wegfall der Genehmigungspflicht für den

Haushaltstarif bei Elektrizität führte im Mittel nur zu einem eher moderaten Preisanstieg. Nahrungsmittel verteuerten sich kräftig. Dabei hat eine Rolle gespielt, dass weitere Einzelhändler die bereits im Juni gestiegenen Abgabepreise für Molkereiprodukte an die Verbraucher durchgereicht haben. Der Vorjahrsabstand des VPI erhöhte sich von 1,8 % im Juni auf 1,9 %. Beim HVPI belief er sich unverändert auf 2,0 %. In den kommenden Monaten ist wegen der vergleichsweise niedrigen Energiepreise in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 allein schon basisbedingt mit deutlich höheren Vorjahrsraten zu rechnen. Daneben stellen die jüngst kräftig gestiegenen Ölpreise sowie die Verknappungen auf den Agrarmärkten ein Aufwärtsrisiko dar.

Auftragslage und Perspektiven

Die Aussichten für einen Fortgang des Wirtschaftswachstums sind weiterhin günstig. Darauf lassen jedenfalls die Auftragslage und die einschlägigen Stimmungsindikatoren schließen. Die Geschäftsabschlüsse der Unternehmen sind im zweiten Quartal 2007 von hohem Niveau aus nochmals stark gestiegen, und zwar saison- und kalenderbereinigt um 4 % gegenüber den Wintermonaten, in dem sie bereits um 3 ½ % zugelegt hatten. Der Vorjahrsabstand hat sich kalenderbereinigt auf 11 ½ % erhöht. Dabei waren vor allem im Juni außergewöhnlich umfangreiche Großaufträge insbesondere aus dem Ausland im Spiel. Das gilt für die Luft- und Raumfahrtindustrie ebenso wie für den Schiffbau. Großaufträge, zu denen in der Statistik Bestellungen im Wert von über 1 Mio € gezählt wer-

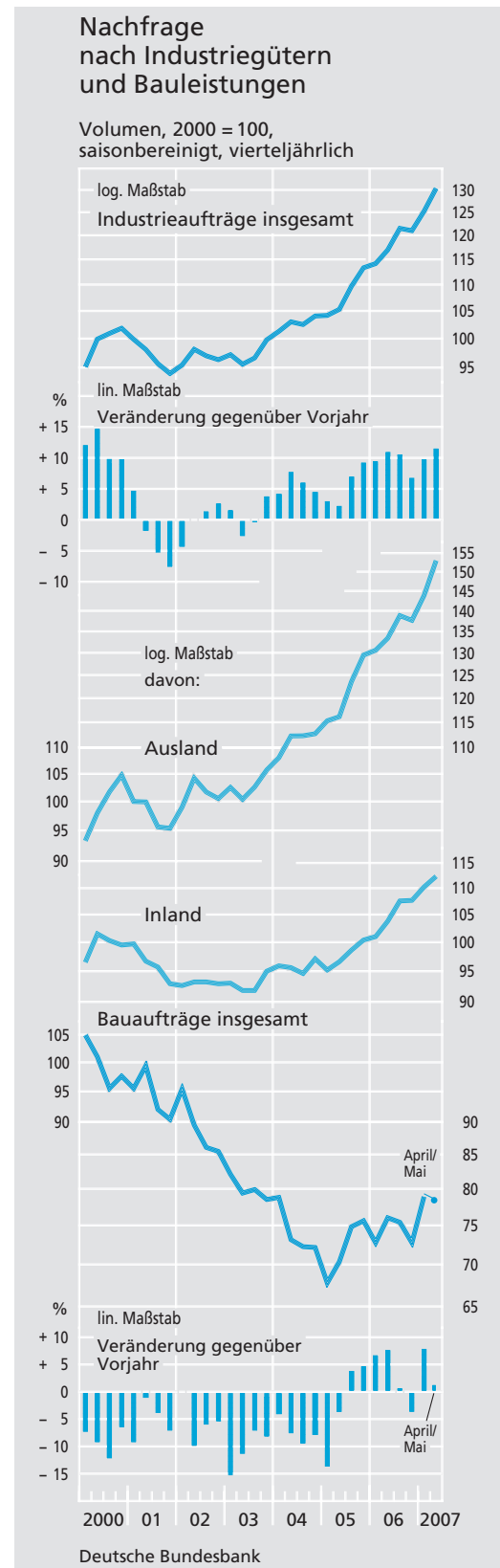
Nachfrage nach Industriegütern nochmals zugelegt

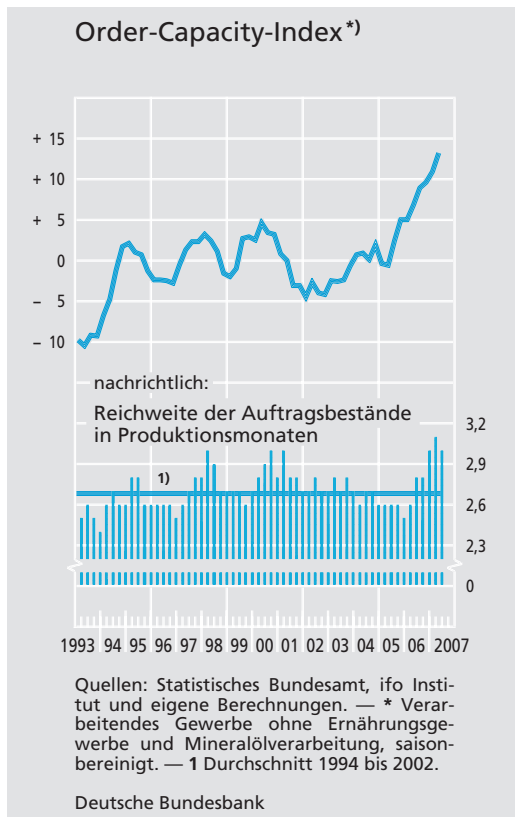
den, sind keineswegs so selten, wie man vermuten könnte. Deshalb wäre es nicht angemessen, ihren Beitrag zur aktuellen Auftragslage vollständig auszuschalten, um die Grundtendenz der Geschäftsabschlüsse zu erfassen. Freilich werden Großaufträge typischerweise erst über einen längeren Zeitraum produktionswirksam, wohingegen der „normale“ Auftragseingang relativ rasch in Produktionstätigkeit umgesetzt wird. Der starke Zuwachs der Bestellungen im zweiten Quartal überzeichnet insofern die üblicherweise zu erwartende Reaktion der Produktion im dritten Quartal. Bereinigt man um den Teil der Großaufträge, der als außergewöhnlich gelten kann, ergibt sich im zweiten Quartal aber immer noch ein Zuwachs des Auftragsvolumens von 2 % gegenüber dem Durchschnitt der Wintermonate.

Nicht zuletzt als Folge der eingegangenen Großaufträge sind die Bestellungen aus dem Ausland um 6 ½ % gestiegen. Die Geschäftsabschlüsse mit inländischen Kunden haben ebenfalls weiter zugenommen, und zwar um 2 %. Dabei konnten alle großen Sektoren der Industrie von der guten Auftragsentwicklung profitieren, vor allem der Investitionsgüterbereich.

Hohes Auftragspolster

Angesichts der unverändert lebhaften Auftragsentwicklung und der konjunkturellen Verschnaufpause in der Industrie ist das Auftragspolster vieler Unternehmen weiter angewachsen. So zeigt das Verhältnis zwischen Bestellvolumen der auftragsorientierten Industrie und verfügbarer Produktionskapazität eine weitere Zunahme an. Der regelmäßig berechnete und nunmehr laufend veröffent-





lichte Order-Capacity-Index, der hierüber Auskunft gibt, liegt derzeit sehr weit über seinem langjährigen Durchschnitt.⁵⁾ Er weist damit nicht nur den höchsten Wert in diesem Zyklus auf, sondern hat überdies auch ein Niveau erreicht, das seit der Wiedervereinigung nicht mehr gemessen wurde. Ähnliches gilt für die Reichweite der Auftragsbestände. Der Wert dieses Indikators lag mit drei Monaten im Juni nur wenig unter dem ausgesprochen hohen Stand vom März. Auch vor diesem Hintergrund betrachtet, bleiben die konjunkturellen Perspektiven günstig.

Geschäftserwartungen zuletzt nicht mehr verbessert

Die auf die nähere Zukunft gerichteten Stimmungskennzeichen befinden sich auf einem hohen Niveau. Sie sind aber zuletzt nicht mehr gestiegen. So lagen die ifo Geschäftserwartungen im zweiten Quartal über dem

ersten Vierteljahr. Seit Juni haben sie sich jedoch leicht abgeschwächt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen erreichten ebenfalls im Mai einen Höhepunkt. Bei einem insgesamt volatileren Verlaufprofil gab der Indikator in den Folgemonaten vergleichsweise deutlich nach. Dabei ist zu berücksichtigen, dass beim Finanzmarkttest des ZEW nicht direkt Unternehmen, sondern Finanzexperten befragt werden. Außerdem bezieht sich der ZEW-Konjunkturindikator nur auf die Erwartungen, zudem deckt er neben der gewerblichen Wirtschaft auch das Finanzgewerbe ab. In der Tendenz reagiert der Indikator damit sensibler auf Veränderungen und Einschätzungen an den Kapital- und Devisenmärkten als die ifo Geschäftserwartungen; er dürfte auch stärker ertragsorientiert sein. Die größere Vorsicht im Juli-Ergebnis ist bezeichnenderweise auf die Erwartungen für die Finanzbranche und die übrigen Dienstleistungen (ohne Handel) zurückzuführen. Auch die ifo Geschäftserwartungen für die unternehmensnahen, nichtfinanziellen Dienstleister sind seit Mai nicht mehr so hoch ausgefallen. Der Einkaufsmanagerindex für das Dienstleistungsgewerbe von Reuters tendierte im zweiten Vierteljahr indes aufwärts, im Juli gab er etwas nach.

⁵ Zur Konzeption und Interpretation des Order-Capacity-Index vgl.: Deutsche Bundesbank, Auftragslage und Industrieproduktion: Wie aussagekräftig ist der Order-Capacity-Index, Monatsbericht, Februar 2007, S. 54 f. Die Erzeugung und der Auftragseingang der auftragsorientierten Industrie werden gemessen, indem die Einzelergebnisse mit den Wertschöpfungsgewichten aggregiert werden. Des Weiteren geht in die Berechnung die Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes ohne Ernährungsgewerbe und Mineralölverarbeitung ein, die vom ifo Institut ermittelt wird. Der Order-Capacity-Index wird vierteljährlich berechnet und ist auf der Website der Bundesbank im Rahmen der Konjunkturindikatoren (http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_konjunktur.php) unter der Rubrik „Zeitreihen“ veröffentlicht.

*Normalisierung
der Bau-
nachfrage*

In der Bauwirtschaft sind die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate im zweiten Vierteljahr nach der außerordentlich guten Entwicklung zu Jahresbeginn etwas vorsichtiger geworden. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen liegt aber immer noch deutlich oberhalb des Niveaus des zweiten Halbjahres 2006. Die Baunachfrage war im April/Mai – zeitnähere amtliche Angaben liegen noch nicht vor – um 1% niedriger als im Durchschnitt der Wintermonate, was auch mit der volatilen Auftragsvergabe der öffentlichen Stellen zu tun hat. Positiv ist die wieder gestiegene Wohnungsbaunachfrage zu werten, die im Winter aufgrund dämpfender Mehrwertsteuereffekte deutlich gesunken war. Der gewerbliche Bau wird vermutlich im Sog der guten allgemeinen Investitionskonjunktur weiter nach oben weisen, auch wenn zuletzt von dort keine zusätzlichen Nachfrageimpulse gekommen sind.

*Weiterhin
positive Grund-
tendenz*

Insgesamt sprechen die verfügbaren Indikatoren für eine Fortsetzung der positiven Grundrichtung. So dürften die Anlageinvestitionen – nachdem die Normalisierung in der Bauwirtschaft die Entwicklung im Frühjahr überlagert hatte – im weiteren Verlauf wieder stärker von dem hohen Auslastungsgrad in der Industrie und der guten Auftragslage profitieren. Angesichts gestiegener Auftragseingänge aus dem Ausland, der hohen, noch immer komfortablen Wettbewerbsfähigkeit und

des attraktiven Gütersortiments deutscher Unternehmen sind die Aussichten für ein anhaltend starkes Exportwachstum gut. Der höhere Wechselkurs des Euro ändert an diesem Bild bislang kaum etwas. Dies liegt auch daran, dass die deutsche Wirtschaft inzwischen über eine Produktpalette verfügt, deren Absatz deutlich weniger und recht langsam auf Verschiebungen im Wechselkursgefüge reagiert. Außerdem bleibt die Entwicklung des Welthandels, wie zuletzt vom IWF bestätigt, ausgesprochen freundlich.

Im Hinblick auf den privaten Verbrauch könnten zwar die dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung noch etwas nachwirken. Auch die höheren Ölpreise beschneiden die Kaufkraft des verfügbaren Einkommens. Nachdem das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte vorübergehend von Reaktionen auf die Mehrwertsteueranhebung geprägt war, dürfte es in den nächsten Monaten aber immer mehr von der verbesserten Situation am Arbeitsmarkt und den diesjährigen Tarifabschlüssen gestützt werden. Das GfK-Konsumklima hat sich seit März verbessert, und die Einkommenserwartungen waren im zweiten Quartal deutlich höher als im ersten Vierteljahr. Die Konjunkturerwartungen der privaten Haushalte zeigen, dass auch in der Wahrnehmung der Verbraucher der Aufschwung immer stärker präsent ist.

*Arbeitsmarkt-
impulse für
privaten
Verbrauch von
zunehmender
Bedeutung*